



## Erklärung von Sevilla

Zwanzig Jahre nach der in Oviedo am 7. Oktober 1997 besiegelten Gründungserklärung, aus der die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen (CALRE) entstand, bestätigen die Regionalversammlungen und -parlamente mit gesetzgeberischer Befugnis, aus denen sie sich zusammensetzt, ihr Engagement für die Mission der CALRE und den Geist, der seit zwei Jahrzehnten für diesem Raum des Zusammentreffens sorgt, mit dem sich die Konferenz als Akteur und Ansprechpartner im europäischen Raum aufstellt und dabei die Führungsrolle dieser Institutionen in der institutionellen Struktur Europas einfordert.

Zu diesem denkwürdigen Ereignis, das außerdem mit 60 Jahren Römische Verträge zusammenfällt, möchte die CALRE die in diesen zwanzig Jahren von Versammlungen und Parlamenten geleistete Arbeit um die gemeinsame Kooperation hervorheben, dabei aber ihre verschiedenen gesetzgeberischen Befugnisse und kulturellen, sprachlichen und territorialen Eigenarten berücksichtigen. Dazu beteiligen sie sich an einem Forum, in dem verschiedene politische Befindlichkeiten, Meinungen und Vorstellungen zusammenkommen und so einen pluralistischen Dialog und Debatte über die Europäische Union begünstigen.

Deshalb erhebt die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen zu ihrem 20. Jahrestag folgende

### Ansprüche

- Die grundlegende Rolle der europäischen Regionen und konkret der Versammlungen und Parlamente mit gesetzgeberischer Befugnis, die direkt den Willen der Bürger vertreten, im Rahmen des Prozesses der europäischen Integration. In diesem Sinne bestätigt die CALRE ihre in früheren Erklärungen ausgedrückte Überzeugung, dass die Besonderheiten, Erfahrungen, Vorschläge und Initiativen der verschiedenen regionalen und lokalen Behörden einen Wert für das gemeinsame europäische Projekt darstellen.
- Eine vielschichtige, von unten nach oben (*bottom-up*) gestaltete Governance, bei der die regionalen und lokalen Behörden an der Gestaltung der europäischen Politik



beteiligt sind, die sich direkt auf ihre Territorien und von ihnen vertretenen Bürger auswirkt, im Bewusstsein, dass das Leben der Bürger immer stärker von europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen geprägt wird. Deshalb erachtet es die CALRE – immer unter Achtung der unterschiedlichen gesetzgeberischen Kompetenzen – als erforderlich, die Entwicklung der direkten Kommunikationswege zwischen Regionalversammlungen und -parlamenten und den europäischen Institutionen fortzusetzen und bereits in der Vorstufe einen Beitrag zum Rechtsetzungsprozess der europäischen Politiken zu leisten.

- Eine „echte“ zentrale Rolle der Regionalversammlungen und -parlamente im Rahmen der institutionellen Struktur Europas. Die CALRE stimmt mit der EntschlieÙung des Europäischen Ausschusses der Regionen zum Weißbuch zur Zukunft Europas überein, in der besagt wird, dass *„die angeblich wichtige Rolle, die den dezentralen Gebietskörperschaften im Vertrag von Lissabon eingeräumt wurde, unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität und der Beteiligung am europäischen Rechtsetzungsprozess nicht vollständig in die Tat umgesetzt worden ist. Deshalb sind die Gebietskörperschaften nach wie vor fast immer nur die Adressaten der Unionspolitik, an deren Gestaltung (auch und vor allem in Bezug auf den Rechtsetzungsprozess) sie kaum beteiligt werden“*.

In diesem Sinne erklären wir unser Engagement, damit unsere Parlamente und Versammlungen die großen, die Europäische Union betreffenden Probleme erkennen, debattieren und Orientierungen dazu festlegen.

Deshalb verlangen die Mitglieder der CALRE von den europäischen Institutionen, dass sie die Einführung eines „Green-Card“-Verfahrens prüfen, um einen Rechtsetzungsvorschlag unterbreiten zu können, wenn dies von einer ausreichend großen Anzahl an nationalen oder regionalen Parlamenten beantragt wird.

- Im Kontext der Liberalisierung des internationalen Handels und der Wiederherstellung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung, in der die Rolle der europäischen Nationalstaaten in Frage gestellt wird, müssen die parlamentarischen Regionalversammlungen eine bedeutende Rolle spielen, um einerseits die Autonomiebestrebungen und andererseits den Prozess zum Aufbau einer starken Europäischen Union zu synthetisieren. In diesem Rahmen kann die immer deutlicher zwischen beiden auf den ersten Blick widersprüchlichen, aber potenziell ergänzenden Elementen der Globalisierung und Autonomie wahrnehmbare Spannung erfolgreich zusammengeführt werden.
- Die in der Erklärung von Varese dargelegten Gründungsprinzipien der Mission der CALRE: *„Der Wert des Individuellen und der Gemeinschaft, die Subsidiarität, die Verhältnismäßigkeit, Freiheit und die repräsentative Demokratie, ohne die Prinzipien der Gleichheit und Solidarität zu vergessen, die dem Geist des gemeinsamen europäischen Projekts eigen sind“*.
- Die von der Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen in diesen zwanzig Jahren als Plattform für die Kooperation und Raum für Debatten und



den Austausch von guten Praktiken geleistete Arbeit. Die CALRE möchte insbesondere auf die Leistungen der Arbeitsgruppen in diesen zwei Jahrzehnten hinweisen, in denen neben dem Subsidiaritätsprinzip und der Kohäsionspolitik, die grundsätzlich mit der Mission der CALRE verbunden sind, auch andere Fragen behandelt wurden, wie interaktive Demokratie, Beurteilungspolitiken, das Phänomen der Zuwanderung, Entvölkerung und Alterung, Naturkatastrophen oder Gleichberechtigung der Geschlechter, um nur einige der bedeutendsten Themen zu nennen. Die in diesen Gruppen geleistete Arbeit stellt einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des europäischen Bewusstseins der Vertreter der Bürger in den verschiedenen Versammlungen und Parlamenten sowie unter den Bürgern selber dar. In diesen zwanzig Jahren konnten auch die Beziehungen zur Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Institutionen, insbesondere mit dem Ausschuss der Regionen als natürlichem Ansprechpartner der CALRE sowie anderen regionalen europäischen und internationalen Verbänden und Organisationen gefestigt werden.

Aber, unter ausdrücklicher Anerkennung der Arbeit der verschiedenen Foren und Treffen im Laufe dieses Jahres, wurde die Notwendigkeit dargelegt, über die bis jetzt geleistete Arbeit hinauszugehen und einen Raum für das Nachdenken zu eröffnen, der die Grundlage für die Ziele und Aktionslinien der CALRE in den kommenden 20 Jahren legt. Wir halten es außerdem für notwendig, in zwei Richtungen voranzukommen: i) Erstellen eines gemeinsamen Referenzrahmens zur Erleichterung und Stärkung der Beiträge der einzelnen Arbeitsgruppen. Wir schlagen vor, dass dieser Rahmen die Ausarbeitung einer Strategie für die nachhaltige Entwicklung der europäischen Regionen darstellen soll; und ii) Anpassung der gegenwärtigen Arbeitsgruppen sowohl an den gemeinsamen Rahmen als auch an die neuen Ziele. Die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen ist überzeugt, dass, wenn 2017 schon ein entscheidendes Jahr für das europäische Projekt war, die kommenden Jahre mit der Umsetzung der Strategie Europa 2020 und der Definition des bereits im Weißbuch zur Zukunft Europas angedeuteten europäischen Szenarios für 2025 die Grundlagen für das Europa des 21. Jahrhunderts und damit die Zukunft der kommenden Generationen sowie die Rolle der Europäischen Union auf der globalen Bühnen darstellen werden.

In Anbetracht des Umstandes, dass wir diesen Zeitpunkt für das europäische Projekt entscheidend betrachten, sowie der besonderen und gemeinsamen Bedingungen in unseren verschiedenen Regionen, und an den Gründungsgeist der CALRE sowie das oben Besagte appellierend verkündet die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen die nachstehende

### **Erklärung**

- Unterstützung der zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge von den Staats- und Regierungschefs von den 27 unterzeichneten Erklärung von Rom. Die CALRE begrüßt insbesondere die Aussage des Textes: „*Wir werden auf der Ebene zusammenarbeiten,*



*auf der wirklich etwas bewirkt werden kann, sei es auf der Ebene der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten, der Regionen oder der Gemeinde; dies wird im Geiste der vertrauensvollen und loyalen Kooperation sowohl zwischen Mitgliedstaaten als auch zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen der EU im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip geschehen".* Sie anerkennt des Weiteren als eigene die in dieser Erklärung enthaltenen Arbeitsziele: ein sicheres und geschütztes Europa, ein florierendes und nachhaltiges Europa, ein soziales Europa und ein auf der Weltbühne stärkeres Europa.

- Die Notwendigkeit, dass alle (Institutionen, öffentliche Vertreter und Bürger) zusammenarbeiten, um sich den Herausforderungen zu stellen, die für die Europäische Union gegenwärtig auf den verschiedenen Governance-Ebenen bestehen, als gemeinsames Projekt und auf der weltweiten Bühne. Deshalb appelliert die CALRE an die Worte des Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz in seiner Antrittsrede nach seiner Wahl zum Präsidenten: „Keine Institution kann alleine die zahlreichen Krisen überwinden, denen sich die Union zu stellen hat. Wir müssen zusammenarbeiten“.
- Die Überzeugung, dass die europäische Integration eine größere Unterstützung und Halt seitens der Gesellschaft erfahren wird, wenn die drei Grundsäulen – Wirtschaftsunion, soziale Dimension und politische Union – unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Merkmale umgesetzt werden. In diesem Sinne erachtet es die CALRE für unabdinglich, eine Multi-Level-Governance anzuwenden und die europäischen Verträge, insbesondere das Subsidiaritätsprinzip vollständig umzusetzen.
- Ihre Besorgnis, wegen der andauernden Abwendung der Bürger konkret von den europäischen Institutionen und allgemein vom gemeinsamen europäischen Projekt. Laut dem letzten Eurobarometer hält es etwas mehr als die Hälfte der europäischen Bürger für gut, dass ihr Land der Union angehört, und eine ähnliche Zahl erklärt ihr Zugehörigkeitsgefühl zur EU, gegenüber fast neun von zehn, die sich ihrer Stadt und Region zugehörig fühlen, oder neun von zehn, die Zugehörigkeit zu ihrem Land empfinden. Die CALRE hält es für unabdinglich, auf der Linie des Modells „Nachdenken über Europa“ des Ausschusses der Regionen Initiativen umzusetzen, welche die europäische Pädagogik begünstigen, mit der die Bürger besser über den positiven Einfluss der europäischen Politiken und des gemeinsamen europäischen Projekts auf ihr tägliches Leben informiert werden sollen. Dadurch soll ein Beitrag geleistet werden, um den weitverbreiteten Glauben „alles Schlechte kommt aus Brüssel“ umzukehren.

In diesem Sinne sind wir der Ansicht, wenn in ganz Europa der 18. Oktober als Tag der Europäischen Sozialcharta begangen wird, dies einen Anreiz darstellen kann, um das Interesse und Verständnis der Bürger für eines unserer Identitätsmerkmale, das europäische soziale Modell, zu verbessern.

Die CALRE ist der Ansicht, dieser Glaube stellt, zusammen mit anderen Faktoren, wie der Wirtschafts- und Finanzkrise des letzten Jahrzehnts, den Keim für die Zunahme der antieuropäischen und euroskeptischen Bewegungen der letzten Jahre dar, und appelliert an die europäische Pädagogik auf allen Governance-Ebenen, um diesem



Szenario entgegenzuwirken, damit wir, wie der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker in der Debatte zur Lage der Union sagte „die Union als unsere Union zurückerobern“. Dazu ist es nach Ansicht der Konferenz grundlegend, eine aktive europäische Bürgerschaft zu begünstigen, die das europäische Projekt als eigen annimmt und sich direkt an der Debatte über die Gegenwart und Zukunft des europäischen Modells beteiligt. Deshalb begrüßt die CALRE mit Genugtuung, dass die Europäische Kommission den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Bürgerinitiative angenommen hat, mit der der Zugang zu diesem wichtigen Werkzeug für die Bürger vereinfacht werden soll. Es bedarf aber auch einer deutlichen Reduzierung der geforderten Unterzeichneranzahl, die gegenwärtig auf eine Million festgesetzt ist.

- Angesichts des oben Besagten, sieht sie die Notwendigkeit, die Verträge, die allgemeinen Prinzipien des Rechts der Union und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union angesichts der Herausforderungen, denen sich die Union zu stellen hat, einzufordern. In diesem Sinne begrüßt und teilt die CALRE den vom Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker initiierten Prozess des Weißbuchs zur Zukunft Europas und seine Aussagen in der Debatte zur Lage der Union am 13. September 2017, in denen er uns daran erinnert hat, dass „Europa mehr ist als ein Binnenmarkt, Geld, Währung, Euro. Es geht immer vorrangig um Werte“.

Angesichts der Herausforderungen, denen sich Europa zu stellen hat, und auch unter Berücksichtigung der Geschehnisse auf der Weltbühne, erklärt die CALRE ihre Zustimmung, dass die Prinzipien, auf denen die Union beruhen muss, Freiheit, Gleichheit und Rechtstaatlichkeit sind, um eine stärkere, vereinte und demokratische Union zu errichten, die, von einer Wertegemeinschaft eines kosmopolitischen und sich der Zivilisierungsaufgabe, die sie im weltweiten Zusammenspiel zu erfüllen hat, vollkommen bewussten Verständnisse ausgehend, einen Beitrag leistet zu einem stärkeren Binnenmarkt, zu einer stärkeren Wirtschafts- und Währungsunion, zu einer stärkeren EU im Kampf gegen den Terrorismus und einer stärkeren EU als globaler Akteur.

Die CALRE beobachtet erneut das Fortbestehen der gleichen Herausforderungen auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Agenda Europas mit besonderem Augenmerk auf den Regionen und ihrer Bürgerschaft. Angesichts dieser Umstände vertritt die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen folgende

### **Ansichten**

- Dass es notwendig ist, gemeinsam und von allen institutionellen Ebenen aus auf die entscheidenden und strategischen Herausforderungen zu antworten, die die Zukunft des gemeinsamen europäischen Projekts bestimmen werden, und dass es notwendig ist, diese Antworten auf die Forderungen der europäischen Bürger abzustimmen. Die europäische Ebene darf aber nur innerhalb ihrer Zuständigkeitsebene handeln. Die



CALRE betrachtet als strategische Herausforderungen: Förderung der Beschäftigung; Wirtschaftswachstum auf der Grundlage der Förderung von innovativen und nachhaltigen Industrien, die den Reichtum der regionalen endogenen Ressourcen nutzen, um ein nachhaltiges und in allen Territorien, auch im ländlichen Raum, inkludierendes Wachstum zu fördern; Förderung der strategischen öffentlichen Investitionen; Kampf gegen Entvölkerung und Alterung, Armut und Ausschluss; Chancengleichheit; Gleichstellung der Geschlechter; Bildung; Forschung, Entwicklung und Innovation; Kampf gegen den Klimawandel und Abstimmung der Reaktion auf Naturkatastrophen; Sicherheitspolitik und Kampf gegen den Terrorismus; und globale Antwort auf die humanitäre Flüchtlingskrise und Migrationsbewegungen.

Wir verpflichten uns außerdem, uns dafür einzusetzen, dass das Überwinden all dieser Herausforderungen einen Beitrag zum Fortschritt einer jeder europäischen Region im Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung darstellt, und dass sich unsere Parlamente und Versammlungen eng an der Ausgestaltung einer gemeinsamen Strategie beteiligen.

Für die CALRE müssen alle politischen Maßnahmen, mit denen auf diese Herausforderungen reagiert wird, den Leitprinzipien der Europäischen Verträge, der Charta der Grundrechte der Union, der Europäischen Sozialcharta sowie den Prinzipien der Gleichheit und Solidarität unterstehen, die zum Geist des gemeinsamen europäischen Projekts gehören.

Um die Rolle der Regionen auf dieser Bühne zu stärken, bedarf es außerdem einer starken und effizienten Kohäsionspolitik nach 2020, für die eine umfassende Finanzierung für alle Regionen der EU gewährleistet sein muss.

- Dass es notwendig ist, dass sich der von den Institutionen angedeutete Aufschwung der europäischen Wirtschaft direkt im täglichen Leben ihrer Bürger widerspiegelt. Trotz der volkswirtschaftlichen Daten sind Arbeitslosigkeit, Armutsgefahr und sozialer Ausschluss immer noch ein Problem in den meisten europäischen Regionen. In der im Laufe dieses Jahrs vom Europäischen Ausschuss der Regionen durchgeführten Umfrage zu „Nachdenken über Europa“ wurde Arbeitslosigkeit von 30 Prozent der europäischen Bürger als größtes Problem oder Sorge benannt. Neben der Umsetzung einer Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschleunigung der Wirtschaftssektoren, um innovatives und nachhaltiges Wachstum zu begünstigen, hält es die CALRE für notwendig, die dem europäischen Projekt wesentlichen Sozialpolitiken unter Berücksichtigung der beschränkten Zuständigkeit der Europäischen Union im Bereich der Sozialpolitik zu festigen und zu gewährleisten. Deshalb begrüßt die CALRE mit Genugtuung die Annahme der wesentlichen Prinzipien der Europäischen Säule der sozialen Rechte durch die Europäische Kommission sowie die Annahme des Legislativberichts zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der Europäischen Union durch den Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Diese zwei Ereignisse stellen wichtige erste Schritte in Richtung der echten Gleichbehandlung mit gemeinsamen Regeln für alle europäischen Arbeitnehmer dar. Die CALRE unterstreicht aber die Wichtigkeit, den Fortschritt des sozialen Europas gleichzeitig mit einem



wirksamen Mechanismus für die soziale Inspektion auf europäischer Ebene auszustatten;

- Dass das Verfahren zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union genutzt werden muss, um einen Raum des Nachdenkens über das gemeinsame europäische Projekt zu eröffnen. Am 30. März 2019 wird die Europäische Union zu einer Union mit 27 Mitgliedern. Damit bestätigt sich die bis vor Kurzem rein hypothetische Gefahr einer Trennung und Spaltung als Realität. Im Laufe des Jahres 2017 haben antieuropäische Strömungen ihre Stimme laut hören lassen und waren bei Wahlen in mehreren europäischen Ländern präsent. Nach Ansicht der CALRE ist, wie bereits oben besagt, die Antwort auf diese Bewegungen „mehr Europa“, nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in Bereichen, in denen die grenzüberschreitende Kooperation einen „europäischen Mehrwert“ bietet, und „weniger Europa“ bei Themen, die im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ausreichend auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden können. Dadurch werden unweigerlich die Bürger wieder für das europäische Projekt gewonnen.

Auf der anderen Seite und angesichts der Brexit-Verhandlungen, vertritt die CALRE die Ansicht, dass die finanziellen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs mit einer verbesserten Effizienz zu lösen sind. Daneben wird die von der Plenarsitzung 2016 verabschiedete Resolution zum Brexit bestätigt.

- Dass Mängel aufgetreten sind bei der Abstimmung der Reaktion der Union und ihrer Mitgliedstaaten auf die humanitäre Flüchtlingskrise, die schlimmste auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg, und dringend eine Einigung zur Reform der Dublin-Verordnung erzielt werden muss. Die CALRE appelliert an die Mitgliedstaaten, unter Anwendung des Solidaritätsprinzips eine Lösung für die Flüchtlingskrise und illegale Einwanderung zu finden.

Auf der anderen Seite ist die CALRE der Ansicht, dass der Umgang mit den großen gemischten Bevölkerungsbewegungen (die sowohl Flüchtlinge als auch Migranten umfassen) immer noch ein auf europäischer Ebene ungelöstes Problem ist, insbesondere bei Menschenhandel, vor allem von Frauen, und unbegleiteten Minderjährigen. Deshalb fordert sie von den europäischen Institutionen eine zivilisierte Antwort gemäß deren Bedeutung im weltweiten Kontext, auf der Grundlage der Normen, mit denen wir uns ausgestattet haben, und unter Achtung der universellen Rechte. Die CALRE erkennt die von ihren Regionen in diesem Sinne erbrachten Leistungen an, insbesondere in den Erstaufnahmeländern der illegalen Einwanderung, und sie wiederholt das Ansuchen, die finanziellen und menschlichen Mittel in diesen Regionen sowie in anderen Ländern der Union auszubauen, damit auf der einen Seite eine effektive Grenzkontrolle erfolgt und auf der anderen Seite die erforderlichen Mittel für eine umfassende Betreuung zur Verfügung stehen.

Sie erklärt erneut die Bereitschaft der Regionen, sich aktiv an der Überwindung dieser Situation zu beteiligen und verpflichtet sich, eine Reihe von gemeinsamen Initiativen der Parlamente und Versammlungen anzustoßen, die diese für angebracht erachten.





- Dass die Antwort auf die auf europäischem Boden stattgefundenen Terrorangriffe effektiv sein und einer gemeinsamen und abgestimmten Sicherheitspolitik entsprechen muss, in deren Rahmen die Sicherheitsagenda der Europäischen Union und die Charta der Grundrechte der Union angewendet werden. In diesem Sinne vertreten wir von den Regionalversammlungen und -parlamenten aus, dass es unsere Pflicht als Institutionen ist, einen Beitrag zur Achtung und Förderung der Menschenrechte unter Denk- und Glaubensfreiheit und nach den höchsten Werten der Demokratie zu leisten.
- Dass die Europäische Union mit der Unterzeichnung des Übereinkommens von Paris eine führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen muss. Umweltschutz und Politiken zur nachhaltigen Entwicklung müssen einhergehen mit einem Plan konkreter Maßnahmen für die Erhaltung einer nachhaltig natürlichen Umwelt und Verbeugung und Maßnahmen bei Naturkatastrophen, die europäisches Territorium verwüstet haben, mit besonderem Augenmerk auf Erdbeben, Überschwemmungen, Lawinen, Bränden und Dürren. Insbesondere bei Naturkatastrophen muss die EU unter Achtung der Zuständigkeitszuweisung auch auf Regulierungsebene in die Risikoprävention eingreifen (zum Beispiel mit einer Richtlinie über die Mäßigung der Bodennutzung) und dazu eine kohärente Methode für die Risikoabschätzung einführen. Daneben hält sie es im Sinne der jüngsten Erklärungen des Ausschusses der Regionen zu Maßnahmen über die Anpassung an Erdbeben als nützlich, dass die Europäische Union die Struktur- und Investitionsfonds an die Herstellung von Bedingungen einer effektiven Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen richtet (Artikel 5 Nr. 5 Buchstabe b der EU-Verordnung 1301/2013).
- Dass die europäischen Institutionen Garant sein müssen für die Rechte- und Chancengleichheit von Männern und Frauen. Die CALRE setzt sich dafür ein, dass ihre Versammlungen und Parlamente Beispiel für Geschlechtergleichstellung sein müssen, nicht nur hinsichtlich der Repräsentativität und Gesetzgebung, sondern auch im Sinne des vorbildlichen Verhaltens ihrer Vertreter.
- Dass die Europäische Union die Harmonisierung der Gesundheitsbestimmungen fördern soll, um den Zugang aller Bürger der Europäischen Union zur öffentlichen Gesundheit zu gewährleisten, insbesondere in den am stärksten benachteiligten Regionen der Mitgliedstaaten.
- Dass die Europäische Union Smart-City-Projekte fördern soll, die es unterbinden sollen, dass in den großen und mittleren Städten periphere Bereiche mit wirtschaftlichem und sozialem Missstand entstehen, um ein angemessenes Wachstum der Städte zu fördern.
- Dass es erforderlich ist, die Rolle der Europäische Union bei der weltweiten Governance über eine Strategie für die Außenpolitik zu stärken, welche die Leitwerte und -prinzipien des europäischen Projekts auf die internationale Agenda überträgt, mit dem Ziel, einen Beitrag zum Frieden in Konfliktregionen zu leisten.





Angesicht der oben dargelegten Fakten und Überlegungen möchte sich die CALRE zusammen mit den Regionalregierungen als notwendige Verbindungsstelle zwischen der Bürgerschaft und der Europäischen Union bekräftigen. Deshalb übernimmt die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen folgende

### Verpflichtungen

- Beibehaltung des Geistes als Raum des Zusammentreffens zum Austausch von guten Praktiken und Erbringen eines Beitrags zur Debatte und Überlegung über die Bedürfnisse des gemeinsamen europäischen Projekts, ausgehend von den Erfahrungen der einzelnen Mitglieder, sowie Erstellung von gemeinsamen Dokumenten mit parlamentarischen Initiativen, die einen Beitrag sowohl zum Verständnis der von den europäischen Institutionen getroffenen Entscheidungen leisten und auch gemeinsame Initiativen auf der Grundlage von guten Praktiken anstoßen, die einen Beitrag zur Lösung der großen europäischen Herausforderungen leisten können. Dazu appelliert die CALRE an den Geist ihrer Gründungserklärung und die Überzeugung, dass *„Beziehungen zur Kooperation unter den parlamentarischen Institutionen das Völkerverständnis und die Konsolidierung und Stärkung der Demokratie über das bereichernde Gemeingut des gegenseitigen Austauschs der eigenen Erfahrungen begünstigen“*.
- Aktiver Beitrag zur Überwindung der Schwierigkeiten, welche die Europäische Union durchlebt, und zur Reaktivierung des Integrationsprojekts, um eine stärkere und bessere Integration der Mitgliedländer zu erzielen.
- Die Konferenz verpflichtet sich, einen Raum zu identifizieren, um die Vertreter der Studenten und Universitäten, der Jugendorganisationen der Parteien und Vereine direkte zu involvieren, mit dem ausdrücklichen Ziel der Teilhabe an der Debatte über europäische Angelegenheiten.
- Fortführung der Entwicklung von direkten Kommunikationswegen mit den übrigen parlamentarischen Institutionen, insbesondere den Nationalparlamenten der Mitgliedstaaten der CALRE, und mit den europäischen Institutionen (Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Europäischer Ausschusses der Regionen und Europäischer Rat). Die CALRE erklärt insbesondere ihr Interesse an der Eröffnung von direkten Interaktionswegen mit den europäischen Institutionen zur Überwachung der Subsidiarität sowie zur einer leichteren Kenntnisnahme von guten Praktiken nach der offenen Methode der Koordinierung (OMK) und Beurteilung der Auswirkungen der EU-Politiken auf die europäischen Regionen.
- Im Rahmen der Vereinbarung zwischen der CALRE und dem AdR aus dem Jahr 2015 verpflichtet sich die Konferenz, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen mit dem Aufbau eines vorrangigen Kommunikations- und Informationskanals zwischen den CALRE-Arbeitsgruppen und den Ausschüssen des



AdR sowie über eine verstärkte Beteiligung der Vertreter der regionalen gesetzgebenden Versammlungen, die Mitglieder des AdR sind, zu intensivieren.

- Festigung der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden europäischer Regionen, und Förderung eines jährlichen Forums ihrer Vertreter zur Förderung der Behandlung gemeinsamer Ziele und umzusetzender Aktionen.
- Dass die Regionalversammlungen und -parlamente als am nächsten an der Bürgerschaft angesiedelte Institutionen Beispiel für gute Governance sein müssen, als notwendiger Schritt für die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in ihre Institutionen. In diesem Sinne verpflichten sich die Versammlungen und Parlamente der CALRE zur Erfüllung der Prinzipien der öffentlichen Transparenz. Sie werden sich aktiv für den Aufbau einer demokratischen Kultur einsetzen, eine kontinuierliche Informations- und Sensibilisierungsarbeit leisten und die Entwicklung von Werkzeugen der sogenannten interaktiven Demokratie bzw. E-Demokratie fördern, um die Beteiligung der Bürger an den Gesetzgebungsverfahren in ihren Regionen zu begünstigen und Fortschritte bei der Entwicklung einer deliberativen Demokratie zu erzielen. Die CALRE erklärt außerdem ihre Überzeugung, dass die Ex-ante- und Ex-post-Bewertung der öffentlichen Politiken eine Garantie für gute Governance darstellen und es der gesetzgebenden Gewalt ermöglichen, Rechenschaft über ihre Tätigkeiten vor den von ihnen Vertretenen abzulegen.
- Sich als Unterzeichner der vom Europäischen Ausschuss der Regionen und den Verbänden des europäischen Regionalismus vorgeschlagenen beigefügten Erklärung der #CohesionAlliance anzuschließen, als Koalition der regionalen und lokalen Behörden, die der Ansicht sind, die Kohäsionspolitik muss weiterhin eine wesentliche Säule für das künftige Wachstum und Entwicklung eines von den Regionen und Territorien aus aufgebauten Europas sein.
- Begünstigung der Diskussionsräume und -foren der Bürgerschaft über europäische Angelegenheiten als Beitrag zur europäischen Pädagogik, wobei Initiativen, wie *Nachdenken über Europa* des Europäischen Ausschusses der Regionen als Vorbild dienen und eigene sowohl einzelne als auch kollektive Projekte entwickelt werden sollen, um die europäische Identität und die Aneignung des europäischen Projekts unter der Bürgerschaft mit besonderem Augenmerk auf der Einbeziehung der Jüngsten zu fördern.

In diesem Sinne wird die CALRE die Entwicklung von Initiativen anstoßen, die einen Beitrag dazu leisten, dass die gesetzgebenden Parlamente und Versammlungen zu echten Schulen der Bürgerschaft werden und das Verständnis der Prozesse erleichtern, die einen Beitrag zur Umwandlung einer Sorge der Bürger in eine parlamentarische Initiative und Regierungsaktion leisten.